

„Junges Parteigemüse“ nennt die Autorin scherzhaft ihren Beitrag über ein junges Mitgeleid der LINKEN. Was junge Leute unter anderem bewegt, der Partei beizutreten, und was sie von ihr erwarten, ... auf Seite 2

DIE LINKE und Wirtschaftsthemen? Vielen geht das nicht zusammen. Beispielsweise im Verbraucherschutz tut sich allerhand. Hier entwickeln sich neue linke Politikinhalt und auch neue Formen des Protests Seite 5

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die nunmehr 29. - mit den Themen: „La Casa“ wird neun - Alternatives Jugendzentrum feiert Geburtstag / Aktionskonferenz in Duisburg gegen die Aufmärsche von Pro-NRW und NPD Seite 7

Kinder und Jugendliche in Armut?

Nein, so heißt sie nicht, die Studie, die nunmehr vorliegt, erarbeitet durch ein Autorenkollektiv, dem Rainer Ferchland, Winfried Barthel, Ursula Schröter und Renate Ullrich angehören.

Sie heißt amtlich: „Zur sozialen Lage von Kinder und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“, erarbeitet im Auftrag des kommunalpolitischen Forums, in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt.

Nicht erst seit unserer Mitgliederbefragung und der Beschlussfassung des Leitantes unserer Hauptversammlung vor über zwei Jahren „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern“ steht dieses Thema ständig auf den Tagesordnungen der Fraktion, unseres Vorstandes, des Bezirksamtes.

Ja, immer mehr Kinder und Jugendliche geraten in Armut, immer mehr Familien sind von „Hartz IV“ betroffen, besser getroffen. Ja, die Konzentration von Armut in bestimmten Stadtteilen von Marzahn-Hellersdorf nimmt zu.

Es war Genosse Rainer Ferchland, der auf einer Klausur von Vorstand und Fraktion vor eineinhalb Jahren vorgeschlagen hat, zu diesem Thema eine

Studie zu erarbeiten, dafür zusammenzufassen, was an einzelnen Untersuchungen bereits vorliegt, und eine **Hauptversammlung** dazu vorzubereiten. Das tun wir nun am **21. März**.

Den Delegierten liegt die Studie vor, desgleichen ein Antrag des Bezirksvorstandes, wie weiter verfahren werden soll. Neben den Tatsachen, denen wir ins Auge sehen müssen, steht die Frage, was tun?

Wir fangen nicht bei Null an. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat Schulden auf sich genommen, um Hilfen zur Erziehung zu finanzieren, weil die Fallzahlen explodiert sind - und hat im Land erfolgreich für die Rückerstattung gekämpft.

Eine ähnliche Entwicklung gibt es im Sozialbereich bei den Hilfen für junge Mütter.

Einzelmaßnahmen, so dringend Bedürftige darauf auch angewiesen sind, sind nicht der alleinige Ausgangspunkt für unsere Debatte. Unsere jüngste Bezirksvereinbarung mit der SPD z. B., die auf die Zusammenarbeit im Bildungsbereich zielt, schon eher. Von uns, der LINKEN werden im Land und im Bezirk Strategien erwartet.

Beginnend mit der Hauptversammlung, wird die Verständigung in den Basisorganisationen fort-

gesetzt. Alle Arbeitsgruppen des Vorstandes, die Fraktion, unsere Bürgermeisterin Dagmar Pohle, unsere Bezirksstadträte Manuela Schmidt und Norbert Lüdtke sind aufgerufen, aus der Studie Aufgaben und Schwerpunkte für ihre Arbeit abzuleiten, sowie Arbeitsschritte vorzuschlagen. Diese werden unter Leitung von Manuela Schmidt durch die Arbeitsgruppe des Vorstandes Soziales/Bildung/Jugend/Gemeinschaftsschule gebündelt, als Zwischenschritt soll eine Basiskonferenz stattfinden. Schließlich wird eine weitere Hauptversammlung im Herbst im Ergebnis dieses Prozesses Maßnahmen zu beschließen haben. Sie und die ihnen zu Grunde liegenden politischen Zielstellungen finden Eingang in unser Kommunalwahlprogramm. Es ist selbstverständlich, dass es dabei ein enges Zusammenwirken mit unserem Landesverband, unseren Abgeordneten und natürlich mit unserer Wahlkreisabgeordneten, der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau geben wird.

Norbert Seichter, Bezirksvorsitzender



Länger gemeinsam lernen - dazu steht DIE LINKE. Es wird im Bezirk ein gemeinsames Agieren der LINKEN und der SPD geben. Dazu verständigten sich die Parteien - mehr dazu auf Seite 4 dieser Ausgabe und unter www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de Foto: H. Wagner

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Janine Behrens / Petra Pau (MdB): Ewiggestriges ...

Seite 3:

Wenig Hoffnung auf Frieden / Kiek mal ins Quartier!

Seite 4:

Infosplitter / Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

DIE LINKE und Verbraucherschutz / Schloss Biesdorf

Seite 6:

Der weite Weg zur Würde / SED-PDS-DIE LINKE - Gysi in der Urania

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

Zur Person: Junges „Parteigemüse“ – Janine Behrens

Verwundert über die Namensgleichheit bezüglich der Schreiberin? Lesen Sie selbst. Mitte 2008 absolvierte Janine ihr Schülerpraktikum in der Geschäftsstelle der LINKEN in der Henny-Porten-Straße. Ihr Interesse für Politik wurde schon früher geweckt, als sie mich zu Veranstaltungen und Standaktionen begleitete. Ende 2008 war sie Gründungsmitglied der wiederbelebten BO Xtern; inzwischen ist sie stellvertretende BO-Sprecherin. Im Laufe des Jahres 2009 wurde sie Mitglied der Partei.

Letztes Jahr versuchte sich die junge Genossin in den Wahlkampf einzubringen, ging bei Standaktionen aktiv auf die Menschen zu. Auch in Zukunft würde sie sich gern zusätzlich engagieren, z.B. Flyer entwerfen.

Hauptsächlich ist sie noch in der Schule beschäftigt. Die knapp volljährige Schülerin besucht derzeit die 11. Klasse eines Gymnasiums im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und spezialisiert sich auf die Kurse Englisch, Geschichte und Politische Weltkunde.

In ihrer Freizeit liest sie gern, schreibt und fotografiert, beschäftigt sich mit ihren Heimtieren oder geht ihrer heimlichen Leidenschaft, dem Staubsaugen, nach. Wenn sie es zeitlich einrichten kann, nimmt sie als Gast an den Fraktions Sitzungen oder anderen politischen Veranstaltungen teil.

Aber nun stellt sich die eigentliche Frage. Warum hat es Janine in DIE LINKE verschlagen?

Zum einen fühlte sie sich von der offenen und toleranten Atmosphäre angezogen. Zum anderen stimmt sie mit der konsequenten Haltung der Partei gegen Krieg und deren Engagement für sozial Benachteiligte überein, aber bemerkt kritisch, dass der Bereich Ökologie noch ausbaufähig ist.

Dass sie in der LINKEN frei ihre Meinung sagen kann, gefällt ihr besonders, denn den Mund lässt sie sich nicht verbieten! Ein typischer Widder eben.



Selbstporträt: Janine Behrens

Janine beabsichtigt, 2011 für die Bezirksverordnetenversammlung in Marzahn-Hellersdorf zu kandidieren, denn sie möchte künftig ehrenamtlich oder sogar hauptberuflich in der Politik tätig sein. Sie interessiert sich speziell für die Bereiche Verkehr, Ökologie und Soziales.

Und haben Sie erraten wer die junge Dame ist? Richtig, sie ist meine Tochter.

Sabine Behrens

Die Drainage Oppermann-/Stangestraße bleibt in Betrieb

Anfang Juli 2009 wandten sich Anrainer der Häuser Oppermann-/Stangestraße an mich als Wahlkreisabgeordnete, weil sie nach ihren Protesten gegen die angekündigte Schließung der für sie wichtigen Drainage in den beiden stark abschüssigen Straßen monatelang weder vom Bezirksamt noch von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nicht hörten, wie es denn nun weitergehen sollte.

Ich sagte zu, mich für das Bürgeranliegen einzusetzen. Nach vielen Beratungen mit Fachabgeordneten in unserer Fraktion, nach dem leider vergeblichen Versuch in den Haushaltsberatungen, 800 000 Euro für die stadtweite Offenhaltung der Drainagen einzustellen, nach einer mündlichen Anfrage von Frank Beiersdorff im November in der BVV zum Stand der Drainage Oppermann-/Stangestraße, zu der die Anrainer auch eingeladen waren, und nach einem persönlichen Gespräch von Peter Beisert vom VDGn und Eberhard Roloff von der LINKEN mit Herrn Gester von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erfolgte am 9.2.2010 nun die Zusage, dass die Drainageleitungen in der Oppermann-/Stangestraße in Betrieb bleiben und von seiner Abteilung auch gewartet werden.

Das ist eine gute Nachricht – und ein Beispiel für enge bürgerorientierte Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen der LINKEN im Abgeordnetenhaus und der BVV, dem VDGn und engagierten Bürgern.

Der Versuch der CDU, sich mit der Einladung zu einer Bürgerversammlung am 15.2.2010 einfach auf das Thema zu setzen, ohne mit den Betroffenen überhaupt geredet zu haben, war dagegen einfach nur peinlich.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdB)

Petra Pau (MdB): Ewiggestriges An-den-Pranger-Stellen

Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt: „Hartz IV“ ist grundgesetzwidrig! Das ist eine höchstrichterliche Klatsche gegen alle Regierungsparteien, die das umstrittene Gesetz zu verantworten haben, also CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

Ebenso bemerkenswert ist die Begründung. „Hartz IV“ verstoße gegen Artikel 1 Grundgesetz, „die Würde des Menschen ist unantastbar“! Vernichtender kann eine Gerichtsschelte nicht ausfallen. Zumal der Erste Senat insbesondere die Würde von Kindern missachtet sieht.

Nun brüten Heerscharen von Juristen, was das Urteil en détail bedeuten könnte. Ebenso emsig streiten Politiker um die Deutungshoheit über den Stammtischen. Und wieder ist DIE LINKE die einzige Partei, die „Hartz IV“

grundsätzlich für falsch hält. Den politischen Gegenpart nimmt die FDP ein.

Sachlich formuliert: Die FDP will Arbeitslose knechten, DIE LINKE hält „Hartz IV“ für würdelos. Die FDP schürt Sozialneid, DIE LINKE will Solidarität. Die FDP attackiert den Sozialstaat, DIE LINKE verteidigt das Grundgesetz. Das ist der Unterschied. Alle anderen Parteien schwimmen dazwischen.

Man müsse die „Armen vor den Findigen schützen“. „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ „Sozialhilfeempfänger“ solle man „zum Räumen der Bürgersteige zwingen“. Mit solchen und ähnlichen Sprüchen spielt Westerwelle mit dem Feuer.

Dabei folgt der FDP-Vorsitzende rechtspolitischen Vorbildern, im Ausland und aus

der Geschichte. Auch 1929, nach der damals größten Weltwirtschaftskrise, wurden die Armen gegen die Ärmeren und diese gegen die Ärmsten in Stellung gebracht – mit verheerenden Folgen.

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist noch nicht ausgestanden. Ebenso wenig ist geklärt, wer für das finanzielle Desaster aufkommt. Und während die staatlich alimentierten Banken längst wieder beim unheilvollen Spekulieren sind, werden Arbeitslose als Müßiggänger und Schmarotzer an den Pranger gestellt.

Übrigens: Das Grundgesetz und die EU-Bürgerrechts-Charta verbieten Arbeits- und Zwangsdienste. Auch das ist eine Lehre aus der NS-Zeit. Westerwelle & Co. hingegen preisen sie als Heilslehre für Gerechtigkeit. So predigen sonst nur Ewiggestrige.

Wenig Hoffnung auf Frieden

Im Januar hatte ich Gelegenheit, gemeinsam mit unserem Europaabgeordneten und EL-Koordinator Helmut Scholz den Gaza-Streifen zu besuchen. Wir waren Teil einer internationalen Delegation mit über 50 Parlamentariern verschiedener Parteien und EU-Staaten. Eingeladen hatte eine in London ansässige Nichtregierungsorganisation. Sie will vor allem erreichen, dass sich internationale Vertreter ein Bild von den Wirkungen der andauernden Blockade des Gazastreifens durch Israel machen können und sich für eine Überwindung dieser Situation stark machen.

Ein Jahr nach dem letzten Krieg im Gazastreifen bietet sich ein bedrückendes Bild: Zerstörte UN-Schulen, ein zerschossenes Parlamentsgebäude, Ruinen ehemaliger Wohnhäuser, überfüllte Klassen, Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftliche Misere und Armut kennzeichnen die unzumutbaren Lebensbedingungen. Daraus erwachsen Hoffnungslosigkeit und auch Hass. Wenn um jedes Projekt und jeden Sack Zement mit der israelischen Seite gefeilscht wird, zeigt sich die Härte, mit der Israel seine politische Sanktion gegen die Hamas-geführte Autonomiebehörde im Gazastreifen durchsetzt. Aber die palästinensische Seite verweist auf Wahlergebnisse

und ihre Legitimation im Amt. Der - auch blutige - Bruderstreit mit der Fatah bleibt allerdings ungelöst. Israel verweist auf die aus seiner Sicht terroristischen Aktivitäten der Hamas. Ein Teufelskreis, der durch den Krieg nur eskalierte. Israels massive Reaktion auf dauernden Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen war seinerzeit mit Verletzungen des Kriegsvölkerrechts auf beiden Seiten verbunden gewesen. Daraus wird nur wieder neuer

Hass entstehen. Die Blockade, die alle Bewohner hart trifft, tut ein Übriges. Ob daraus Sicherheit für Israel entsteht, muss bezweifelt werden. Die Lage ist verfahren. Das zeigten auch unsere Gespräche in Kairo. Eine Vermittlung zwischen den palästinensischen Gruppen Hamas und

Stefan Liebich ist in unserem Bezirk aufgewachsen und hier zur Schule gegangen. Von 1996 bis 2000 war er Bezirksvorsitzender der PDS Marzahn, danach Vorsitzender des Berliner Landesverbandes. Jetzt wohnt er in Pankow; im Herbst 2009 hat er dort das Direktmandat für den Bundestag errungen und dabei gegen Wolfgang Thierse/SPD gewonnen! In der Bundestagsfraktion befasst sich Stefan Liebich mit Außenpolitik, in diesem Zusammenhang war er jüngst mit einer Delegation des Europaparlaments in Gaza.

Yvette Rami/Redaktion

Fatah kommt nicht voran und die israelisch-palästinensischen Friedensgespräche scheinen auch wenig Hoffnung auf baldige konkrete Ergebnisse zu machen. Derweil baut Israel weiter Siedlungen und eine Mauer - auch jenseits der völkerrechtlich anerkannten Grenzen. Die Tötung echter oder vermeintlicher Terroristen ohne

Gerichtsverfahren per Attentat trägt zur weiteren Zuspitzung bei. Ein bedrückender Konflikt in festgefahrenen Gleisen ist zu erleben. Aber an Gesprächen mit dem Ziel von zwei nebeneinander bestehenden Staaten geht kein Weg vorbei, wenn dauerhaft Frieden in Nahost herrschen soll. Aber solange sich Israel über internationales Recht stellt und die Hamas Israel vernichten will und sich von Gewalt nicht distanziert, wird dies sehr schwer. Die Lebensbedingungen der Menschen

in Gaza bleiben dabei auf der Strecke und sind aber eine humanitäre und politische Herausforderung.

Stefan Liebich, MdB / DIE LINKE
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Kiek mal ins Quartier!

„Mal um die Ecke ins Quartier kiekeen“ wollten der Wahlkreisabgeordnete Wolfgang Brauer (MdA), die BVV-Vorsteherin Petra Wermke und ich am 10. Februar im Bürgerzentrum Marzahn NordWest, um den Quartiersmanager Jörg Lampe, die Bereichsleiterin für interkulturelle Vermittlung, Natalija Jaeger, und den Projektkoordinator „Aktive Bürgergesellschaft“ vom Verein Kiek in, Axel Matthies, zu einem Kiezgespräch im Quartiersmanagement zu treffen.

Jörg Lampe betonte, dass der Hauptschwerpunkt der Arbeit des Quartiersmanagements nach wie vor im Erhalt bestehender Arbeitsplätze, der Vermittlung von Arbeitslosen und der Unterstützung von lokalen Gewerbetreibenden liege. Dabei sei es besonders wichtig nach Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb des Programms „Soziale Stadt“ zu suchen und die BewohnerInnen zu mehr Eigeninitiative zu bewegen. Eine derzeit laufende externe Projekt-evaluation soll geeignete Bewertungsmaßstäbe setzen und die Finanzierung der Projekte auf eine solidere Grundlage stellen. Lampe machte sich für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Stadtraumplanung stark. Er will dabei selbst mit gutem Beispiel vorangehen und mit den anderen zwei Quartiersmanagement-Gebieten stärker zusammenarbeiten. A. Matthies und er schlagen vor, die Einwohnerversammlung und die Stadtteilkonferenz mit der Neuwahl des Quartiersrates zusammenzulegen, um so möglichst viele Bürgerinnen und Bürger auf einmal und an einem Termin zu erreichen.

Die zweite Station unseres Kiezspaziergangs war diesmal das Nachbarschaftshaus „Kiek in“ in der Rosenbecker Straße, wo wir uns mit der Geschäftsführerin Gabriele Geißler trafen. Zusammen mit dem Kiez-Treff West und dem Bürgerzentrum im Havemann-Center bündelt das Nachbarschaftshaus seine Ressourcen als Soziales Stadtteilzentrum um die generationen-

übergreifende Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Familien und Senioren in sozio-kulturellen Beratungs- und Begegnungsstätten weiter auszubauen und zu vernetzen. Eine enge Kooperation mit Schulen und anderen Trägern, besonders im Bereich der Beschäftigungsförderung, sei dafür unabdingbar. Man darf gespannt sein, ob die

geplanten Maßnahmen vom Quartiersmanagement und Sozialem Stadtteilzentrum weiterhin erfolgreich dazu beitragen werden, Lebensqualität, Partizipation und soziale Durchmischung des Stadtteils zu erhöhen. Petra Wermke und Wolfgang Brauer sicherten ihre weitere Unterstützung zu.

Tatjana Gabelin

Post an uns: Wie viel Zentren braucht ein Stadtteil?

Mehr Schmerz- als Scherzbolde taufte den Stadtteil Marzahn Nordwest in „Kiekinnistan“, nachdem mit dem 1. Januar 2010 dank „höherer Fügung“ und dem Auswahlverfahren eines „Fünfferrates“ zu allen anderen Projekten auch noch die Trägerschaft des hiesigen Quartiersmanagements (QM) an den Multifunktionsverein „Kiek in e.V. Berlin“ übertragen wurde.

Seit mehr als zehn Jahren lassen sich Senat und Bezirk dieses Management ein hübsches Sümmchen kosten. Nun meldet mir „Marzahn-Hellersdorf links“ (Ausgabe Februar 2010) auf Seite 6: „Zugleich werden für die neun Stadtteilzentren des Bezirks im jeweiligen Haushaltsjahr 441.000 Euro aus dem Bezirkshaushalt bereitgestellt.“ Darunter namentlich erwähnt: Marzahn Nord.

Bereits zwei Seiten früher heißt es in den „Infosplittern“, dass vom Bezirksamt, der AWO, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Caritas ein Vertrag geschlossen worden sei, der die Arbeit der Stadtteilzentren des Bezirkes finanziell und inhaltlich sichere. Namentlich erwähnt: „Kieztreff“ Marzahn-West“.

Setzt man voraus, das die Wörter „Stadtteil“ und „Quartier“ etwa sinngleich gebraucht werden, muss man mit fröhlichem Erstaunen registrieren: Aller guten Dinge sind drei,

und alle werden von „Kiek in e.V.“ getragen und vom Steuerzahler gestützt. Aber sind sie denn auch gut?

Würde nur ein einziges Mal der Vertragstext für die SStZ und das Integrierte Handlungskonzept für das QM öffentlich mit dem realen Kontext in Marzahn NordWest verglichen werden, käme schnell heraus: Von den drei Zentren sind mindestens zwei zu viel.

Aber da ist natürlich der Vereinsmeier davor. Aus Anlass des 10-jährigen QM-Jubiläums zitierte eine Wochenzeitung den Kiek-in-Projektleiter Jochen Kramer bezüglich der Fördermittel, die durch das QM in seinen Verein flossen, mit den Worten: „Diese Mittel haben uns vieles erleichtert.“ Genau! „Uns“ - dem Verein. Nach dem Stadtteil fragte niemand. Es hätte ohnehin nichts gebracht.

Die ernüchternde Bilanz eines zur Abwendung des sozialen Niedergangs eingeführten Quartiersverfahrens mündet - so traurig es ist - in die Faustregel: Je schlechter es dem Quartier und seinen Bewohnern geht - erschreckend ausgewiesen in der Negativentwicklung der Sozialstrukturdaten - desto besser für die Vereine und Institutionen, die deren Lage verbessern zu wollen vorgeben. Wann wird endlich dieser antisozialen Schizophrenie Einhalt geboten?

Torsten Preußing, Marzahn-NordWest

Infosplitter

Sanierung

Nach intensiven Verhandlungen mit dem Senat verbleiben das Alte Rathaus Marzahn, die Bürodienstgebäude in der Premnitzer Straße 11/13 und in der Etkar-André-Straße (Haus der Gesundheit), die Jugendfreizeiteinrichtung und die Bibliothek Helene-Weigel-Platz 4 im Eigentum des Bezirkes. Eine Überprüfung, ob eine Überführung in das Berliner Immobilienmanagement zu Einsparungen für den Bezirk führen würde, ergab, dass das ist nicht der Fall ist. Der Bezirk muss für die nächsten Jahre für die notwendigen Sanierungen im Alten Rathaus Marzahn ca. 12 Mio. Euro für den Investitionsplan des Landes Berlin anmelden. Die notwendigen Arbeiten müssen unter Beachtung des Denkmalschutzes geplant und durchgeführt werden. Konkrete Beschlüsse gibt es noch nicht. Im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm II können am Dienstgebäude in der Premnitzer Straße zurzeit Arbeiten zur Erneuerung des Daches und der Fenster durchgeführt werden. Auch für die Arbeiten im und am Haus der Gesundheit müssen die Mittel für den Berliner Investitionsplan angemeldet werden.

Lokale Agenda 21

Das Bezirksamt hat eine umfassende Bilanz der Arbeit des Beauftragten für die Lokale Agenda 21 vorgelegt. Bezirksamt und BVV haben bereits 2002 „Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung des Bezirkes“ beschlossen. Darin bekennt sich der Bezirk zur Erhaltung und Entwicklung der Naturräume Wuhletal, Seelgrabental, Kienberg, Ahrensfelder Berge, Biesdorfer Höhe, Kaulsdorfer Seen, Barnimhang, Hönower Weiherkette und zum Landschafts- und Artenschutz. Zahlreiche Projekte werden von Bezirksamt und dem Beauftragten für die Lokale Agenda 21 durchgeführt und unterstützt, um das Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit nahe zu bringen. Solche Projekte sind zum Beispiel die Verleihung des Prädikats „Ökologischer Lernort“ für Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen, der jährlich vergebene Umweltpreis, die „Ökologische Bauberatung“, die Baumpflanzaktionen im „Hochzeitspark“ und der Aufbau und die Betreuung des Interkulturellen Gartens in Marzahn-NordWest.

Vermischtes

Der Kulturbeirat des Bezirkes wurde neu berufen. Neben Vertreterinnen des Amtes und Ute Thomas als Vorsitzende des Ausschusses Bildung und Kultur sind je ein Vertreter/in der künstlerischen Bereiche bildende Kunst, Musik, Literatur, Theater, Film/Video und Regionalgeschichte im Beirat.

Der Bezirk hat zum 1.9. des Vorjahres 21 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, 614 Bewerber/innen hatten sich dafür beworben. Auch für 2010 plant das Bezirksamt 10 Plätze für Kaufmann/-frau für Bürokommunikation, 4 Plätze für Verwaltungsfachangestellte, 3 für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Bibliothek, 2 für Vermessungstechniker, je einen für Gärtner und medizinische Fachangestellte einzurichten.

Dr. Renate Schilling

Bildungschancen für alle Kinder stärken

Bezirksverordnetenversammlung führt Aussprache zur Schulplanung

Wir wollen gemeinsam dazu beitragen, dass die grundsätzlichen Ziele der roten Berliner Schulreform in Marzahn-Hellersdorf im Sinne der Kinder und Jugendlichen, ihrer Bildungschancen und im Dialog mit Eltern und LehrerInnen umgesetzt werden, meinen die bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Gordon Lemm, und der Fraktion DIE LINKE, Hassan Metwally, zur Unterzeichnung einer bildungspolitischen Vereinbarung beider Fraktionen und Parteien am 25. Februar 2010. In der anschließenden Sitzung der BVV diskutierten die Fraktionen abschließend den bezirklichen Schulentwicklungsplan. Bündnis-Grüne, SPD und Linksfraktion unterstützten die Vorlage des Bezirksamtes. Hassan Metwally sprach für DIE LINKE und unterstrich die grundlegenden Ziele der Berliner Bildungsreform hin zu längerem, gemeinsamem Lernen. Die Verordneten befassten sich u.a. auch mit der sozialen Lage im Bezirk. Einen Anstoß dazu

Kurz berichtet:

Aus dem Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand beschäftigte sich mit der Vorbereitung der 2. Tagung der 2. Hauptversammlung, die am 21. März 2010, 10.00 Uhr, im Theater am Park stattfindet. Die Tagung wird sich mit der Studie „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ befassen und die Delegierten zum 2. Bundesparteitag der LINKEN sowie ein weiteres Mitglied der Bezirksfinanzrevisionskommission wählen. Die Studie kann für alle Delegierten in der Geschäftsstelle abgeholt werden. Im Ergebnis von Gesprächen zwischen der Partei DIE LINKE und der SPD in Marzahn-Hellersdorf wurde eine Vereinbarung zur bildungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien getroffen. Der Bezirksvorstand beriet in zwei Sitzungen über diese Vereinbarung und stimmte ihr am 23.2. einstimmig zu. In der Vereinbarung streben die beiden Parteien gemeinsame Handlungsfelder und Zielstellungen auf bildungspolitischem Gebiet an. So wollen sie die Diskussion um die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans fachlich vertiefen und einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten. Die Parteien wollen auch dazu beitragen, dass die Schulstrukturen im Land Berlin erfolgreich im Sinne eines längeren gemeinsamen Lernens durchgeführt wird. Auf der Grundlage der Vereinbarung wollen sich die Fachpolitiker der Parteien und der BVV-Fraktionen regelmäßig beraten und abstimmen.

Der Bezirksvorstand nahm eine Information zum Sachstand im Zusammenhang mit der vorgesehenen Umgestaltung und Erweiterung (Aufbau des Obergeschosses) des Schlosses Biesdorf entgegen. Weiter beschloss er den Finanzplan für 2010, bereite eine thematische Sitzung zu rechtsextremistischen Aktivitäten im Bezirk und Gegenstrategien dazu vor. Sie wird Informationen über die rechtsextreme Szene im Bezirk und über das Wirken von Akteuren gegen „Rechts“ beraten und konkrete Maßnahmen diskutieren und verabreden. Die Sitzung ist für den 23. März geplant.

Bernd Preußner

gab der aktuelle Sozialstruktur-Atlas. Sabine Schwarz fragte für die Linksfraktion nach der Einschätzung des Bezirksamtes und Gegenstrategien zur schwierigen Situation in einigen Kiezen. Bürgermeisterin Dagmar Pohle bezog Position für eine sozial engagierte Kommunalpolitik, die die Menschen stärkt und nicht stigmatisiert. Sabine Schwarz sprach zur Begründung der Großen Anfrage und unterstrich diesen Ansatz (die Rede ist auf unserer Homepage nachlesbar: www.dielinke-marzahn-hellersdorf/linksfraktion/meldungen).

Im weiteren Verlauf erkundigte sich Ute Thomas nach der aktuellen Situation der „Galerie M“ und forderte ein gemeinsames Agieren des Bezirkes für den Erhalt des Kulturstandortes. Ebenfalls auf der Tagesordnung stand der Winterdienst. Die BVV beschloss hierzu einen Antrag, künftig als Bezirk selbst eine Ausschreibung vorzunehmen.

Bjoern Tielebein

Neues vom Heimatverein

Am 23. Februar lud der Vorstand des Heimatvereins sieben Vertreter der Lokalblätter und Pfarrer Buntrock zum 4. Pressegespräch. Der Vorsitzende, Wolfgang Brauer, gab die 2010er Vorhaben bekannt. Seine Stellvertreterin, Dr. Christa Hübner, informierte zum Antrag, den Parkfriedhof Marzahn unter Flächendenkmalschutz zu stellen. Auf ihrer Quartalstagung im März wird die Kommission „Gedenkorte“ darüber befinden,



Dr. Christa Hübner, Stellvertretende Heimat-Vereins-Vorsitzende, präsentiert Heft Nr. 7 Foto: B.-R. Lehmann

bevor sie den Antrag an das Bezirksamt weiterleitet. Auf dem Parkfriedhof sind bereits 10 Einzelobjekte denkmalgeschützt. (Besuchen Sie dazu unbedingt die Ausstellung im Bezirksmuseum!)

Frau Dr. Hübner machte auf verschiedene z. T. „vergessene“ Friedhöfe im Stadtbezirk sowie auf erste Untersuchungsergebnisse zum unter der NS-Diktatur größten Berliner Lager für Zwangsarbeiter in der Kaulsdorfer Straße 90 aufmerksam. Abschließend stellte Frau Schuricht druckfrisch die 7. Folge der Beiträge zur Regionalgeschichte „Von der ersten Platte zur Wiedervereinigung“ vor; für kleines Geld käuflich zu erwerben u. a. im Bezirksmuseum und lokalen Buchhandlungen. Der Heimatverein bereitet zum 28. April seine Jahreshauptversammlung vor.

Bernd-R. Lehmann

Ein linkes Netzwerk Verbraucher/innen/politik entsteht

Die Partei DIE LINKE und Verbraucherpolitik – das ginge ja gar nicht zusammen, höre ich oft. Linke Politik sei Sozialpolitik, Verbraucherpolitik sei wirtschaftsorientiert und was für CDU und FDP. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Verbraucherpolitik ist originär linke Politik. Verbraucherpolitik heute bedeutet, sich mit Konsum und Armut, Überschuldung, Gesundheitsschäden, Klimafolgen, Energiekrise, Überproduktion und ständiger Vernichtung von Ressourcen zu beschäftigen.

Datenklau und Arbeitnehmerüberwachung, zunehmende Betrugsfälle durch Haustürgeschäfte, Internetbetrug und Folgen besonders für Jüngere, Folgen der Privatisierung von Dienstleistungen – Unterversorgung bei Gesundheit, Rente, Alter, Bildung – das alles gehört zu einem neuen Politikansatz, bei dem „neue“ Bürgerrechte, mehr Bürgerbeteiligung – und die Entwicklung anderer Aktionsformen im Vordergrund stehen.

Noch ist dieser bürgerbewegte verbraucherorientierte Ansatz für linke Politik ziemlich am Anfang. Doch ich bin mir sicher – und setze mich intensiv in Veranstaltungen, in Gremien und Arbeitsgruppen dafür ein: Hier entwickeln sich neue linke Politikinhalt und auch neue Formen des Protests.

Noch ist es so, dass nur über wenige engagierte Genossinnen – es sind übrigens wirk-

lich fast alles Frauen – ein neues Netzwerk, ein Netzwerk für den neuen Politikansatz entsteht.

2002 wurde Genossin Heidi Knake-Werner die erste Verbraucherschutzsenatorin und hat in dieser Funktion erstmals linke Politikforderungen in die Bundesländer-Gremien eingebracht. Mit Katrin Lompscher hatte 2009 erstmals eine linke Verbraucherschutzsenatorin den Vorsitz einer Verbraucherschutzministerkonferenz VSMK. Seit 2010 ist Anita Tack Brandenburger Ministerin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz – und sie hat 2011 den Vorsitz in der VSMK. Brandenburg wird sich besonders für Jugendthemen einsetzen.

Seit 2007 gibt es in der Bundestagsfraktion die Runde der Verbraucherpolitischen SprecherInnen der Landtage. Sabine Wils, seit 2009 für DIE LINKE im EU-Parlament und für Verbraucherfragen zuständig, nimmt daran teil. In der neuen, größeren Bundestagsfraktion gibt es mit Caren Ley und Karin Binder schon zwei verbraucherpolitisch verantwortliche Genossinnen, so dass zwei Schwerpunkte gebildet werden können: Gesundheitlicher Verbraucherschutz (u.a. Ernährung, Ernährungsbildung, Agrobusiness etc.) und wirtschaftlicher Verbraucherschutz (u.a. Datenschutz, Verbraucherinformationsgesetz). In der neuen Bundestagsfraktion ist Verbraucherpolitik im Arbeitskreis I (u.a.

Haushalt, Stadtentwicklung, Landwirtschaft, Strukturpolitik, Verkehrs- und Kommunalpolitik) angesiedelt und damit bei Gesine Löttsch. Das sind ausgesprochen gute Voraussetzungen für die Entwicklung einer verbraucherorientierten, ressortübergreifenden Zusammenarbeit.

In Berlin hat sich eine AG Verbraucher/innen/politik bei der Abgeordnetenhausfraktion gegründet. Eine enge Zusammenarbeit gibt es mit der LAG Umwelt. Wir treffen uns jeden 2. Freitag im Monat um 16 Uhr im Abgeordnetenhaus. Unser Ziel ist, verbraucherpolitische Themen in der Bezirkspolitik der LINKEN zu verankern. Am 28. April wird in Pankow die erste von der AG organisierte bezirkliche Veranstaltung stattfinden. Für Juni ist eine Veranstaltung in Charlottenburg-Wilmersdorf geplant. Neben diesen beiden Bezirken sind Marzahn-Hellersdorf, Mitte/Tiergarten, Treptow-Köpenick und Steglitz-Zehlendorf bereits in der AG vertreten. Wir arbeiten daran, dass sich alle Berliner Bezirke mit eigenen Ideen und Aktivitäten einbringen.

Ein linkes Netzwerk Verbraucher/innen/politik entsteht – und mit ihm neue Formen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Ich lade alle Genossinnen und Genossen ein, daran mitzuwirken (*siehe auch www.berlin.de/senguv und www.karin-binder.de*).

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (Mda)

Schloss Biesdorf

Das Schloss Biesdorf mit seinem Gartendenkmal hat sich in den zurückliegenden 20 Jahren einen exponierten Platz als soziokulturelle Einrichtung vor allem im Bezirk und darüber hinaus auch in Berlin „erobert“.

Das war zum einen das Verdienst des Vereins „Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte Schloss Biesdorf“ e.V., der sich vor allem um den Wiederaufbau des Schlosses bemüht hat. Der bauliche Zustand des Schlosses im jetzigen Ausbaustadium ist ein beredtes Zeugnis. Dass der Verein die Lottomittel für den Aufbau des 2. Obergeschosses eingeworben hat, war ein weiterer Meilenstein im Entwicklungsprozess der Einrichtung. Auf der anderen Seite hat der freie Träger „BALL“ e.V. mit seiner jahrelangen erfolgreichen Arbeit als Betreiber des Stadtteilzentrums eine gute Basis für die weitere soziokulturelle Nutzung des Schlosses geschaffen. Die kontinuierlichen Angebote auf sozialem und kulturellem Gebiet haben nicht nur im Bezirk Maßstäbe gesetzt. Die regelmäßigen Ausstellungen waren nur ein Baustein für die beachtlichen Besucherzahlen der vergangenen Jahre.

Die Entwicklung des Konzeptes für die Galerie „Bilderstreit“ ist eine logische Konsequenz. Die Bestände der Sammlung in Beeskow hier im Bezirk dauerhaft auszustellen und dazu mit wechselnden thematischen Ausstellungen ins-

gesamt einen besonderen touristischen Anziehungspunkt für Berlin zu schaffen, ist ein erfolgversprechender Ansatz. Der Aufbau des zweiten Obergeschosses und den Ausbau des Schlosses darauf auszurichten sind nur folgerichtig.

Für ein solches Projekt braucht es viele aktive Partner. Das erste wichtige Signal war die Unterstützung der Senatsverwaltung für Kultur. Ein weiterer wichtiger Partner wurde mit der Stiftung Denkmalschutz Berlin gefunden.

Derart viele Partner und Interessen unter die Rahmenbedingungen von Förderungen zusammenzuführen, erfordert eine komplexe Abstimmung von Beginn an.

Es ist nach meiner Auffassung unbedingt notwendig, so früh wie möglich eine Abstimmung aller Akteure zu erreichen.

Der Anspruch, das wieder aufgebaute Schloss als touristischen Anziehungspunkt und als lokales soziokulturelles Zentrum zu nutzen, ist kein Widerspruch, sondern eine zu lösende Aufgabe. Dies im Rahmen der Förderkulisse und unter Beteiligung aller bisherigen und künftigen Akteure zu bewältigen, ist der Ansatz, den nach meiner Auffassung das Bezirksamt verfolgen sollte.

Der Schlosspark wird selbstverständlich wie bisher kostenfrei zu nutzen sein.

Norbert Lüdtke

Bezirksstadtrat für Ökolog. Stadtentwicklung

**Grüße
(nicht
nur)
zum
Frauen-
tag:**



**Wenn auf Erden
Glück möglich ist,
dann erst,
wenn wir die Größe
der Frau begriffen
haben.**

Maxim Gorki

Der weite Weg zur Würde

§ 2: „Würdeverletzung liegt vor, wenn ein Mensch einer Behandlung ausgesetzt wird, die ihn zum bloßen Objekt degradiert und seine Subjektqualität in Frage stellt oder Ausdruck der Verachtung des Wertes ist, der dem Menschen kraft seines Personseins zukommt.“ Im Grundgesetz steht das nicht. Dort steht, die Würde des Menschen sei unantastbar. In der UNO-Deklaration der Menschenrechte von 1948 ist ausgesagt, sie sei angeboren. Die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland fragte in ihrer Rede auf dem DGB-Bundeskongress 2006, ob Menschenwürde noch etwas mit unserer heutigen Realität zu tun hätte. Wie ist das also mit der Würde des Menschen? – Eine offenbar berechtigte und aktuelle Frage, die zahlreiche Besucher und Diskutanten trotz Schnee und Eis abends ins Marzahner Gesellschaftspolitische Forum führte.

Bei der Beschäftigung mit Fragen der Geschichte des Humanismus und der Menschenrechte stieß Roger Reinsch auf die Feststellung Thomas Müntzers, dass die Herren „die Menschheit ihrem Eigennutze, ihren Wollüsten, ihren Launen opfern, sie auf jede Art missbrauchen und in der Entwicklung ihrer Kräfte, im Genuss ihres menschlichen Daseins hindern“. Wann also, fragte er sich, können die Menschen in Würde leben, und wie kann es ihnen gelingen, ein menschliches Dasein zu genießen? Mit seinem Buch „Der weite Weg zur Würde“ gibt er Antwort. Und die „führt hin zum Menschenbild, ein Bild, des jedem einzelnen von uns überall auf der Welt Würde als unabdingbare Eigenschaft des Menschen bestätigt“ ... sehr anschaulich, sprachlich Anteilnehmend erzählt, das macht

Aus den Siedlungsgebieten:

Das Schloss Biesdorf – Baudenkmal und soziales Zentrum!

Die Fraktion der LINKEN in der BVV hat sich in den vergangenen Wochen mit der Weiterentwicklung des Schlosses Biesdorf befasst. Mit dem Schloss und seinem dazu gehörigen Park besitzt der Bezirk ein besonders wertvolles Ensemble der Bau- und Gartenkunst. Als imposantes Monument des Spätklassizismus ist es ein wichtiges Kultur- und Naturerbe. In seiner fast 140-jährigen Geschichte hat das Schloss Biesdorf unterschiedlichste Nutzungen erfahren. Die Aufgabe für das 21. Jahrhundert ist es, aus unserer Sicht, aus der herrschaftlichen Turmvilla eine öffentliche Begegnungsstätte mit Mehrzwecknutzung zu schaffen. Der Park und die dazu gehörige Parkbühne werden auch durch die Nutzung durch den Kulturverein Steinstatt e.V. schon jetzt von vielen Künstlern und Bürgerinnen genutzt. Insgesamt zählte das Schloss von 1994 bis 2006 rund 389.000 Besucher. Hinzu kamen im Zeitraum von 1990 bis 2006 fast eine halbe Million Besucher, die den Park für Sport und Erholung entdeckten. Mit dem Beginn der denkmalgerechten Re-

aus dem Text emotional berührende Literatur. (aus einer Rezension von Klaus-Georg Przyklenk)

Roger Reinsch, Jahrgang 1931, von Beruf Zimmermann und Philosoph, las aus seinem jüngsten Buch und stellte sich anschließend den Fragen des Publikums. Seine historische, gesellschaftspolitische und manchmal auch essayistische Annäherung an den Begriff

Post an uns:

SED-PDS-DIE LINKE - Gysi in der Urania

Die Winterstürme und Schneefälle Ende Januar konnten uns nicht davon abhalten, in der „Urania“ eine Veranstaltung mit Gregor Gysi zu besuchen.

Zu Beginn gab der Leiter der „Urania“ und Moderator einen kurzen Abriss über den persönlichen Werdegang von Gregor Gysi. Wahrscheinlich war einigen Zuhörern nicht bekannt, dass Gysi eine Berufsausbildung als Rinderzüchter mit Abitur abgeschlossen hat, denn es gab einige Lacher bei dieser Erklärung.

Über einige Fragen zur Entwicklung von der SED bis zur heutigen Partei DIE LINKE hatten wir in unserer BO 59 im November diskutiert. Breiten Raum in den Ausführungen nahmen Fragen wie „War die DDR eine Diktatur?“ und zur Rechtsstaatlichkeit in der DDR ein.

Hervorgehoben wurde von Gregor Gysi: „Die DDR hatte eingeschlossene Strukturen, und wesentliche Entscheidungen wurden in Moskau getroffen.“

der Menschenwürde ist nachvollziehbar und schlüssig. Emotionen kann man bei der Behandlung eines solchen Themas nicht vor der Tür lassen. Und so gestaltete sich die Diskussion zu einem nachdenklichen Exkurs, bei dem die Diskutanten ihre subjektiven Lebenserfahrungen vielfältig einfließen ließen. Übrigens: Der zitierte § 2 ist einer von sechs, die Roger Reinsch als Fazit seiner Gedanken am Ende seines Buches vorschlägt.

Dr. Wolfgang Girmus

Roger Reinsch: Der weite Weg zur Würde. edition bodoni, ISBN 978-3-940781-05-5, 16 Euro.

Es regte uns sehr zum Nachdenken an, wie sich die Entwicklung 1989 darstellte, denn damals sah auch ich alles anders und auch einige Abläufe, wie zum Beispiel, wie es zur Kundgebung auf dem Alex im November kam, waren mir nicht bekannt.

Die Veranstaltung in der Urania war ein sehr interessanter geschichtlicher Abriss zur Entwicklung unserer Partei, worüber man noch viel diskutieren könnte und auch müsste. Zur derzeitigen Situation in der Partei angesprochen, brachte Gregor Gysi zum Ausdruck: „Wir müssen unsere eigenen Fehler in Grenzen halten. Für 90 % Selbstbeschäftigung und 10 % Politik brauchen wir keine Partei.“ Die Reaktion hierauf war eine breite Zustimmung der rund 200 Zuhörenden.

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir die Diskussion zur Programm der Partei weiterführen und die Veranstaltung in der „Urania“ sehe ich als einen Beitrag dazu.

Blanka Schulze, BO 59

Kulturarbeit entwickelt. Im Juli 2003 wurde im Schloss das Stadtteilzentrum Biesdorf eingerichtet. Ein wichtiger Schwerpunkt dieser Arbeit ist die Schaffung von vielfältigen, für jeden zugänglichen Angeboten an Kunst, Kultur, Regionalgeschichte, an thematischen Projekten sowie an Beratung und Information. Wir erwarten vom zuständigen Bezirksstadtrat Stephan Richter (SPD), dass die Einbindung dieser Arbeit ins Gesamtkonzept der Entwicklung des Schlosses in den nächsten Wochen konkret umgesetzt wird. Mit Blick auf die wechselvolle Geschichte des Schlosses ist dieses ein wichtiger Baustein, um nachhaltig für den Ort zu sensibilisieren. Das gilt auch für die Phase der Bauarbeiten. Hier sind gemeinsam mit den gesellschaftlichen Akteuren im Schloss Biesdorf solche einvernehmliche Lösungen zu schaffen, die eine Weiterführung der Leistungen zur sozialen Grundversorgung sichern. Wir werden diesen Prozess in der BVV konstruktiv begleiten.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV

„La Casa“ wird neun

Alternatives Jugendzentrum feiert Geburtstag

Im März 2010 feiert das Hellersdorfer Jugendzentrum „La Casa“ seinen neunten Geburtstag. Seit 2001 arbeitet der freie Träger der Jugendhilfe KUDEPO e.V. in einem ehemaligen KiTa-Gebäude am Hellersdorfer Stadtrand. Mit viel ehrenamtlichem Engagement seiner NutzerInnen ist das „La Casa“ in den vergangenen Jahren zum festen Bestandteil der Hellersdorfer Kulturlandschaft geworden. Neben einem offenen Jugendtreff finden im „La Casa“ regelmäßig Konzerte und Infoveranstaltungen statt. Das Haus wurde aufgrund seiner klaren Positionierung gegen rechte Ideologien und Übergriffe immer wieder zur Zielscheibe der Neonazis des Bezirks. Umso wichtiger scheint es, dass eine alternative Gegenkultur zum rechten Mainstream hier einen Freiraum hat. Das „La Casa“ versteht sich selbst als

„... linkes Projekt, welches Menschen die Möglichkeit bieten will, sich abseits bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse entwickeln zu können.“ Weiter heißt es in einer Selbstdarstellung: „Das gemeinsame Ziel ist eine Gesellschaft gleichberechtigter und aufgeklärter Individuen, die selbstbestimmt handeln. Anders als in staatlichen Jugendclubs engagieren sich die Leute hier ohne Leitung und Kontrolle durch Sozialarbeiter_innen, damit sie hier ihre Ideen und Vorstellungen alternativer Lebensentwürfe und kultureller Aktivitäten umsetzen können. Keine_r von ihnen erhält Geld für ihr Engagement. Um diesen Rahmen und das Projekt zu erhalten, sind einige Dinge von allen Nutzer_innen zu beachten.“

Linksjugend Marzahn-Hellersdorf

Aktionskonferenz in Duisburg

Konferenz gegen die Aufmärsche von Pro-NRW und NPD

Die rechtspopulistische Partei Pro-NRW und die faschistische NPD kündigen an, am 27. und 28. März 2010 Aufmärsche gegen die Duisburger Merkez-Moschee durchzuführen. Pro-NRW und NPD wollen wie in der Schweiz ein Minarettverbot durchsetzen. RassistInnen und NeofaschistInnen aus Deutschland und ganz Europa sind zu ihren Aufmärschen bereits eingeladen. Wir stellen uns allen RassistInnen und NeofaschistInnen entgegen, egal woher sie kommen!

Wie in Dresden wollen wir den FaschistInnen und RechtspopulistInnen auch in Duisburg keinen Fußbreit nachgeben. Wir werden daher auch in Duisburg blockieren und uns den Nazis in den Weg stellen!

Zur Vorbereitung auf diese Blockade werden wir zusammen mit dem Studierenden-

verband DieLinke.SDS vom **Freitag, 5. März 2010 bis Sonntag, 7. März 2010** eine Aktionskonferenz in Duisburg Marxloh durchführen. Ihr seid herzlich dazu eingeladen!

Mehr Informationen zur Aktionskonferenz findet ihr unter www.linksjugend-solid.de

Linksjugend [‘solid] Bundesverband

9 JAHRE
LA CASA
GEBURTSTAGSWOCHEN

FR., 7.3.
HARDCORE MATINEE
ab 16 Uhr:
GOLDUST
LAURA MARS
FROM THIS DAY ON
+Kaffee & Kuchen

MI., 10.3.
GEBURTSTAGSKNEIPE
ab 19 Uhr
mit Sekt, Buffet & Quiz

SA., 13.3.
KONZERT & PARTY
ab 21 Uhr:
NOROOTSNOCULTURE
3APES BAND
MOTORCYCLE MOTHERFEED
+ 7th DISCO

WURZENER-STR. 6
U-BHF. LOUIS-LEWIN-STR.
<http://la-casa.so36.net>
No Chauvinist Assholes!

AKTIONSKONFERENZ
... VON DRESDEN ... NACH DUISBURG.
5.-7. MÄRZ 2010 IN DUISBURG MARXLOH

Veranstaltungen

Politische Bildung

» 9.3., 19 Uhr, KulturGut Marzahn, Alt Marzahn 23, 12685 Berlin, „Forschen unterm Fallbeil – Der Überlebenskampf des in der NS-Zeit zum Tode verurteilten Physikochemikers Robert Havemann“, Referent: Dr. Alfred Neubauer, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Aus Anlass des 100. Geburtstages von Robert Havemann (11. März 1910 - 9. April 1982) spricht der Wissenschaftshistoriker Dr. Alfred Neubauer über zwei dramatische Jahre im Leben dieses Wissenschaftlers in der NS-Zeit. Eintritt 1,50 Euro

DGB-Mitgliederversammlung

» 9.3.2010, 17.00 Uhr, Gewerkschaftlicher Kieztreff, Mehrower Allee 28-32, 12687 Berlin, **Mitgliederversammlung des Kreisverbandes des DGB** mit Wahlen zum Kreisvorstand „Ost“ (Bezirke Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf)

Internationaler Frauentag

» 14.3., 11 - 14 Uhr, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Sonntagsbrunch & Diskussion: „Öffentliche Da-seinsvorsorge: Gut für die Stadt, gut für die Frauen“** mit Marion Bröker, boeker consult. Beratung für Menschenrechte und Genderfragen, Moderation: Bärbel Holzheuer-Rothensteiner

Gespräch zu häuslicher Gewalt

» 17.3., 18 Uhr, Buntes Haus, Hellersdorfer Promenade 14, 12627 Berlin, „Mein Partner schlägt mich, ich habe Angst vor ihm - was kann ich tun?“ **Gespräch über häusliche Gewalt** gegen Frauen und Kinder, über Möglichkeiten der Hilfe und über Auswege, mit Mitarbeiterinnen des Hestia-Frauenhauses, von Mathilde e.V. sowie anderer Frauenprojekte. Zu Beginn wird der Kurzfilm „Zeit zu gehen“ gezeigt, Moderation: Dr. Gabriele Hiller, MdA

Der politische Stammtisch

» 18.3., 19 Uhr, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, „**Integration per Gesetz?**“, Diskussion mit Elke Breitenbach (MdA), Asli Peker (bezirkf. Integrationsdienst), Hassan Metwally (BVV)

Einwohnerversammlung

» 24.3., 19 Uhr, **Einwohnerversammlung für Hellersdorf-Süd**, Johannes-Falk-Schule, Peter-Huchel-Straße 35, 12619 Berlin

Hinten links

Krank

Diese Gesellschaft feiert den 7. März als „Tag der Kranken“. Der 8. März - der Internationale Frauentag - hingegen ist verbannt aus den meisten Kalendern.

Ihr lieben „kranken“ Schwestern, aufgepasst!

Die Gesundheitsbranche ist gesund. Sie trägt in Berlin-Brandenburg ein Achtel zum Bruttosozialprodukt bei.

Große Pharmaindustrie, mittelständische Medizintechnik, Forschung, der Nischenmarkt Gesundheitstourismus und auch die Krankenhäuser...

Die 300-jährige Charité ist Europas größtes Klinikum. In Berlin folgen ihr auf den Rängen die städtische Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH und, mit dem größten privatfinanzierten Klinikneubau Europas in Buch, die zum Fresenius-Konzern gehörende private Helios Kliniken GmbH.

Im Vergleich die Berliner Jahresumsätze: Charité rund eine Milliarde und Helios etwa 2,3 Milliarden EURO!

Umsatz (Einnahmen für Leistungen) ist nicht gleichbedeutend Gewinn.

Frage

Wie passen diese Umsatzzahlen 1 Mrd.EUR : 2,3 Mrd.EUR zu der allgemeinen Meinung, dass für die Gesellschaft anstelle staatlicher Fürsorge die Privatwirtschaft billiger sei, weil sie effektiver wirtschaftet? Wer bezahlt deren höhere Umsätze?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» 9.3. 23.3., 13.4. jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 7.4., 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» 7.4., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» 8.4., 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» 8.4., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

Hauptversammlung

» 21.3., 10 Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin **Hauptversammlung der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf**, „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“, Wahl der Bundesparteitage delegierten; Nachwahl für Bezirksfinanzrevisionskommission

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» 10.3., 16 - 18 Uhr, **Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» 15.3., 17 - 18 Uhr, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Soziales, und **Regina Kittler**, stv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV und Vorsitzende des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr, Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» 16.3., 18.30 - 20 Uhr, **Wolfgang Brauer (MdA)**, **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-NordWest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» 17.3., 18 Uhr, **Dr. Gabriele Hiller (MdA)**, Kiez- und Familientreff „Buntes Haus“, (Verein Roter Baum e.V.), Hellersdorfer Promenade 14, 12627 Berlin (siehe links unter Veranstaltungen: Gespräch ...)

» 18.3., 17 Uhr, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)**, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» 29.3., 16 Uhr, **Dr. Margrit Barth, (MdA)**, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **jeden Donnerstag, jeweils 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr
	Dienstag	9 - 17 Uhr
	Donnerstag	9 - 19 Uhr
	Freitag	9 - 15 Uhr

Bitte beachten: Jeden Mittwoch ist der Linke Treff geschlossen und auch am 8. März 2010. Am „Gründonnerstag, dem 1. April, ist nur bis 17 Uhr geöffnet!

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 1.3.2010. Auslieferung ab: 3.3.2010. **Druck:** Eigen-druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 1.4. und am 29.4.2010.